

Organisierung prekärer Arbeit an österreichischen Universitäten

Das Beispiel der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen¹

1. Der Status Quo

1.1 Einleitung

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.
Österreichisches Staatsgrundgesetz, Artikel 17

Im Jahre 2014 gab die damalige Vizerektorin der Universität Wien, Susanne Weigelin-Schwiedrzik, zuständig für Forschung und Nachwuchsförderung, der Tageszeitung *Der Standard* (30.4.2014) ein bemerkenswertes Interview. Darin meinte sie: „Unsicherheit ist allerdings auch so etwas wie der Motor des Erfolgs der Wissenschaften, sowohl auf ganz allgemeiner Ebene wie auch auf Ebene der Karrieren einzelner Wissenschaftler. Denn die Unsicherheit stachelt zu Höchstleistungen an.“² Hässliche Reaktionen waren Weigelin-Schwiedrzik gewiss – kein Wunder, basiert doch der österreichische Wissenschaftsbetrieb zu großen Teilen auf der Arbeit des nur befristet angestellten, oft unterdurchschnittlich bezahlten, also in unsicheren Verhältnissen lebenden akademischen Personals.

Zunächst ein paar Zahlen: An Österreichs Universitäten wird die Lehre zu etwa einem Viertel von Lehrbeauftragten („LektorInnen“) bestritten. Ihre Zahl lag im Studienjahr 2014/15 bei rund 14.000.³ An manchen Universitäten, etwa in Wien und Graz, tragen LektorInnen die Lehre zu rund 40 Prozent – und an etlichen Wiener Instituten in noch viel höherem Ausmaß. So zählen an der Universität Wien mehr als 7.500 Beschäftigte zum wissenschaftlichen Personal,

-
- 1 Überarbeitete Fassung eines ursprünglich beim Kongress „Momentum 17: Vielfalt“, Hallstatt, 20.10.2017 vorgestellten Beitrags.
 - 2 „Unsicherheit stachelt zu Höchstleistungen an“ (Interview mit Susanne Weigelin-Schwiedrzik), *Der Standard* (30.04.2014).
 - 3 Die Zahl ergibt sich aus den Antworten der 21 öffentlichen österreichischen Universitäten auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen zur Situation der LektorInnen vom 27. Juli 2016. URL: www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/J/J_10012/index.shtml, Zugriff: 24.10.2018.

die große Mehrheit (je nach Berechnungsgrundlage 80 bis 90 Prozent) davon arbeitet unter prekären Bedingungen und ist befristet beschäftigt, womit die „precarity rate“ (Foti 2017: 28) jener an deutschen Universitäten gleichkommt (Leendertz u.a. 2018: N4), wenn auch die rechtliche und finanzielle Situation der österreichischen Lehrbeauftragten dank eines Kollektivvertrags⁴ etwas weniger katastrophal ist. Unter den unterschiedlichen an der Universität Wien tätigen WissenschaftlerInnen stellen die knapp 3.000 Lehrbeauftragten die größte Gruppe; was die Lehre anbelangt, so wird diese an manchen Wiener Uni-Instituten mehrheitlich von Lehrbeauftragten bestritten: Am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft 2017 etwa zu zwei Dritteln⁵, ähnlich verhält es sich am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und am Zentrum für Translationswissenschaft. Da der Studienplan an diesen und anderen Instituten bei Weitem nicht vom Stammpersonal allein bewältigt werden kann, sind LektorInnen dort in zahlreichen Pflichtveranstaltungen tätig. Ohne sie würde der Lehrbetrieb sofort und augenblicklich zusammenbrechen. Diese LektorInnen erhalten aber in der Regel jeweils nur semesterweise Verträge und dies auch nur im Ausmaß von zwei Semesterstunden.

Die Universität braucht die LektorInnen also, aber sie behandelt sie schlecht. Die ursprüngliche Überlegung, kompetente ExpertInnen von außen für die Universitäten zu gewinnen, um in der akademischen Lehre von deren Berufserfahrung und -praxis zu profitieren, wurde in ein neoliberales Organisationsmodell umgewandelt, das eine immer größer werdende Gruppe von hoch qualifizierten AkademikerInnen als Verschubmasse benutzt, um die Studienpläne bespielen zu können und damit den universitären Betrieb am Laufen zu halten; und zwar – aufgrund der stets bemühten „Ressourcenknappheit“ – ohne dass den Betroffenen irgendeine Karriereperspektive offenstünde. An österreichischen Universitäten und anderen Forschungsinstitutionen arbeiten LektorInnen in überwiegendermaßen nur in befristeten Dienstverhältnissen, stehen aber auch aus Mangel an anderen Anstellungsverhältnissen mit ihren Kompetenzen, Erfahrungen und ihrer Lehre immer wieder zur Verfügung.⁶ Diese Art der Beschäftigung ist für eine immer größer werdende Gruppe von WissensarbeiterInnen zu einer dauerhaften, wenn auch zuweilen unterbrochenen und mitunter lebenslangen, prekären Arbeitsrealität geworden.

4 Abrufbar unter <http://www.kollektivvertrag.at/kv/universitaeten-arb-ang/universitaeten-rahmen/2770151?term=universit%C3%A4ten>, Zugriff 24.10.2018.

5 <https://spl-tfm.univie.ac.at/lehre>, Zugriff: 4.10.2017.

6 Die Aufforderung, doch mobil zu sein, sich jobmäßig etwa in Deutschland umzuschauen, kann in diesem Zusammenhang – unsere deutschen KollegInnen wissen das allzu gut – nur als blanker Hohn empfunden werden.

Derzeit werden in Österreich befristete Verträge für LektorInnen alle sechs oder zwölf Monate neu vergeben – vorausgesetzt, man bewirbt sich offiziell (bei transparenten Ausschreibungsmodalitäten) für einen Lehrauftrag oder „erfährt“ (bei intransparenten Prozessen) von der Lehrauftragsvergabe. Die Entscheidungsprozesse zur Vergabe werden de iure und *zumeist* de facto allein vom/von der StudienprogrammleiterIn gefällt, die Zusage für einen Lehrauftrag erfolgt gelegentlich sehr kurzfristig beziehungsweise unmittelbar vor Semesterbeginn. Hinzu kommt die sogenannte Kettenvertragsregelung, eine Richtlinie zum Schutz (!) von ArbeitnehmerInnen, die Universitäten veranlasst, LektorInnen nach sechs beziehungsweise acht Jahren nicht permanent anzustellen, sondern aus ihrer Lehrtätigkeit zu drängen. LektorInnen sind damit paradoxerweise zu einer meist einjährigen Pause ohne Anrecht auf Weiterbeschäftigung gezwungen.

Ein weiteres Problem stellt die unzureichende infrastrukturelle Ausstattung dar: Lehrende ohne weitere Anbindung an ein Universitätsinstitut haben oft keinen eigenen Arbeitsplatz, das heißt keinen Zugang zu technischer Unterstützung (Computer, Laptop, Kopierer), keinen eigenen Schreibtisch, keine Räumlichkeiten für Arbeitsgespräche mit Studierenden, weder Festnetzanschluss noch Telefonnummer. Dieser Ausschluss von Kommunikationsstrukturen macht sie zu Universitätsangestellten zweiter Klasse.

Nicht zuletzt ist die Bezahlung inadäquat, denn sie deckt nicht den tatsächlichen Arbeitsaufwand ab. So werden zentrale Aufgaben universitärer Vermittlung wie eine didaktisch seriöse Vor- und Nachbereitung der Lehrveranstaltungen, die Betreuung von Abschlussarbeiten und die laufende Administration von Lernplattformen ebenso nicht angemessen abgegolten wie die Mitwirkung an Abschlussprüfungen und die Teilnahme an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen in universitären Gremien. 2018 wurde eine Semesterstunde für Lehrende im ersten bis dritten Arbeitsjahr nach Lehrvergütungscode 1 (LVG 1) mit 215,19 Euro brutto monatlich abgegolten – dieser Betrag versteht sich inklusive Vor- und Nachbereitung einer Lehrveranstaltung und gegebenenfalls Betreuung von Bachelorarbeiten. Dies gilt für reguläre Arbeitsverträge. An einigen österreichischen Universitäten werden LektorInnen freilich überwiegend (WU Wien, Alpen-Adria Universität Klagenfurt) oder zur Gänze (TU Graz) mit freien Dienstverträgen ausgestattet – das bedeutet, dass hier das Arbeitsrecht und damit auch kollektivvertragliche Bestimmungen nicht zur Anwendung kommen (zum Beispiel Urlaubs- und Weihnachtsgeld, bezahlter Krankenstand). Freie DienstnehmerInnen können auch nicht vom Betriebsrat vertreten werden (oder für diesen kandidieren).

WissenschaftlerInnen durch unbefristete Verträge eine planbare Perspektive jenseits prekärer Arbeitsverhältnisse zu bieten, ist eine notwendige Voraussetzung für die oft eingeforderte Exzellenz von Lehre und Forschung. Dazu gehören

die Bereitstellung von angemessenen Arbeitsplätzen und deren adäquate infrastrukturelle Ausstattung: Hervorragende Lehre und Forschung sind nur unter hervorragenden Arbeitsbedingungen möglich. Wo diese nicht gegeben sind, werden WissenschaftlerInnen zwangsläufig in andere Betätigungsfelder abwandern. Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft schaden somit nicht nur den betroffenen Personen, sie sind der Qualität der Wissenschaft selbst abträglich.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1996 kämpft die *Interessengemeinschaft LektorInnen und WissensarbeiterInnen* gegen diese Prekarisierung, die sich nicht nur im Wissenschaftsbetrieb zeigt, sondern generell eine stetig wachsende Anzahl von Menschen – nicht zuletzt Frauen und MigrantInnen – betrifft, die ihren Lebensunterhalt mit einem Job allein nicht mehr bestreiten können, ganz gleich, ob sie im Gesundheitswesen, in der Pflege, im Dienstleistungsbereich, Securitysektor, in der Kulturarbeit oder im Journalismus tätig sind. Bei diesem Kampf sind Betriebsräte und Gewerkschaften wichtige potenzielle Verbündete; seit einigen Jahren ist die IG im Betriebsrat der größten österreichischen Universität, der Universität Wien, ebenso vertreten und aktiv wie in deren Senat (neben Rektorat und Universitätsrat oberstes Leitungsorgan der Universität) und konnte mittlerweile etliche infrastrukturelle und arbeitsrechtliche Verbesserungen erreichen. Eine der nächsten Aufgaben und Herausforderungen wird und muss die Vernetzung dieser Arbeit auf europäischer und internationaler Ebene sein.⁷

1.2 Arbeitsverhältnisse in den Wissenschaften – ein kurzer historischer Rückblick

Den Wandel, dem die Arbeitsverhältnisse – zumeist männlicher – Wissenschaftler seit dem Mittelalter bis in die Gegenwart unterlagen, stellte der Historiker Valentin Groebner folgendermaßen pointiert dar: „Wissenschaftler [und Künstler] waren einige paar Jahrhunderte lang Mönche, bevor sie, an der Wende vom späten Mittelalter zur frühen Neuzeit, zu heiraten angingen. Sie wurden zu Höflingen und Virtuosi. Im 17. und 18. Jahrhundert verwandelten sie sich dann in distinguierte bürgerliche Gentlemen und im 19. Jahrhundert in Beamte – sie wurden Professoren. Seit ein paar Jahren sollen sie jetzt Unternehmer sein.“ (Geimer/Groebner 2006: 20)

Egal welcher Typus dominant war, in der Regel konnte nur eine Minderheit der Gelehrten aufgrund ihrer Tätigkeit ein ökonomisch zufriedenstellendes und dauerhaft abgesichertes Leben führen; gerade in der Frühen Neuzeit ist der Topos der brotlosen Wissenschaftler allgegenwärtig. Manche versuchten, als

⁷ Hier ist das Anfang 2017 in Deutschland gegründete „Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft“ zu nennen.

windige Projektmacher an Höfen eine Finanzierung zuweilen abstruser Ideen zu erlangen (vgl. Krajewski 2004), andere wiederum trachteten danach, ihr Wissen am wild wuchernden „Lehr- und Lernmarkt des Ancien Régime“ zu verkaufen, und hofften auf ein Auskommen als Hofmeister und Privatlehrer der Söhne und Töchter bemittelter Bürger und Adelsfamilien (Bosse 2015: 15).

Am Vorabend der Revolution von 1789 bestand in vielen Städten Europas – nicht zuletzt in Paris – ein kreatives und verarmtes Milieu an Gelehrten und Literaten, in dem die Unzufriedenheit über die eigene Lage sowie die Gesellschaft im Allgemeinen so stark war, dass manche HistorikerInnen gar so weit gehen, den „hageren und hungrigen Männern des literarischen Untergrundes, [...] den kulturellen Parias, die aus Armut und Erniedrigung die jakobinische Version des Rousseauismus hervorbrachten“, einen guten Teil der Verantwortung für die Französische Revolution zuzuschreiben, die in ihrer radikalen Variante den „geradezu physischen Haß“ dieses revolutionären Milieus zum Ausdruck gebracht haben soll. (Darnton 1988: 43)

Auch die im 19. Jahrhundert einsetzende Verbeamtung der Wissenschaft änderte nicht viel an der prekären Lage der Mehrheit jener, die sich dazu entschlossen hatten, „Wissenschaft als Beruf“ zu betreiben; im deutschsprachigen Bereich stand dafür sprichwörtlich die Gruppe der „Privatdozenten“ und es war vorwiegend auf jene gemünzt, wenn Max Weber 1917 Wissenschaftler als „proletaroiden Existenzen“ bezeichnete und Verbindungen zu Industrialisierung und Kapitalismus zog:

„Und es tritt da der gleiche Umstand ein wie überall, wo der kapitalistische Betrieb einsetzt: die ‘Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln’. Der Arbeiter, der Assistent also, ist angewiesen auf die Arbeitsmittel, die vom Staat zur Verfügung gestellt werden; er ist infolgedessen vom Institutsdirektor ebenso abhängig wie ein Angestellter in einer Fabrik: [...] und er steht häufig ähnlich prekär wie jede ‘proletaroiden’ Existenz...“ (Weber 2002: 476). Weber verwendete das Wort „prekär“ in Hinsicht auf Menschen, die nicht über eigene Produktionsmittel verfügen, die es ihnen erlauben, nach Interesse und Wissensbegierde zu forschen, und die daher in einem Abhängigkeits- und oft (Selbst-) Ausbeutungsverhältnis stehen.

Eine Verbesserung dieser Situation ergab sich erst in der kurzen, als *Trente Glorieuses* bezeichneten Phase sozialliberaler Reformen, die von den 1960ern bis in die 1980er Jahre andauerten und in der Wissenschaft und Kunst als konstitutiv für den demokratischen Prozess verstanden wurden; es wurde daher in sie investiert. Insbesondere in Westeuropa bewirkte die Blockkonkurrenz mit den sich als realsozialistisch verstehenden Staaten den Aufbau des keynesianischen Sozialstaats und den Ausbau demokratischer Mitspracherechte nicht nur an den Hochschulen, sondern auch in zahlreichen Betrieben; vor allem die

Sozialdemokratie begriff Kunst- und Kulturpolitik als Austragungsort sozialer Auseinandersetzungen und politischer Kämpfe (vgl. Amon 2013; Segert 2013).

1.3 Wissensarbeit im Neoliberalismus: neue Beschäftigungsverhältnisse

Die Universitäten waren und sind Vorreiterinnen auf dem Weg zur umfassenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Eine Untersuchung ihrer zeitgenössischen Arbeitsformen offenbart sich als düsterer Ausblick auf viele andere Beschäftigungsbereiche. Daher greift der manchmal getätigte Einwand, die geschilderten Arbeitsbedingungen seien ein Problem einiger ohnehin Privilegierter, die sich immerhin ohne Stechuhr der Muße des Forschens hingeben könnten, zu kurz. Denn Arbeits- und Lebensverhältnisse von EnthusiastInnen ohne feste Löhne und existenzielle Absicherung stehen Modell für den Arbeitsmarkt der Zukunft.

Das Universitäts-Organisationsgesetz (UOG) 1993 und das Universitätsgesetz (UG) 2002 markierten in Österreich ein Jahrzehnt der grundlegenden Neugestaltung der staatlichen Universitäten hin zu unternehmerischen Hochschulen. Beide Gesetze sind Teil der neoliberalen Hochschulreform, die die sozialliberale Reformära ablöst und die beherrschte Klasse wieder auf ihre Plätze verweist. 2002 wurden die Universitäten „in die Autonomie entlassen“, so die Diktion. Die Reform diene also vorgeblich der Unabhängigkeit der Wissenschaften gegenüber dem Staat. Tatsächlich verbirgt sich hinter dem Autonomiebegriff eine fundamentale Entstaatlichung und damit die Abtrennung der gesellschaftlichen Wissensproduktion vom Allgemeinwohl: Unabhängig wurden weder die Wissenschaft als solche noch die WissensarbeiterInnen, sondern bloß die RektorInnen als HochschulmanagerInnen. Sie und die von ihnen geleiteten Universitäten sind nun autonom von demokratisch ausverhandelten gesellschaftlichen Interessen jenseits des Marktes (vgl. Wernicke 2009: 8). Richard Münch meint über die Organisationsreform der Universitäten gar: „Das monopolartig und oligarchisch organisierte System macht gestandene Forscher zu Forschungsfunktionären oder Forschungsmanagern und hält die breite Masse der aktiven Forscher als Sklaven.“ (Münch 2007: 386)

Spätestens mit dem UG 2002 wurde die universitäre Wissenschaft institutionell den Regeln des Marktes und somit den Interessen des Kapitals beziehungsweise der KapitaleignerInnen unterworfen. Ihr Zugriff auf die Wissensproduktion und damit auf das gesellschaftlich verfügbare Wissen ist durch die Auslieferung der Universitäten an den globalen Wettbewerbsmarkt größer denn je, weil er durch ein dichtes staatliches Steuerungssystem gestützt wird. Waren in der sozialliberalen Ära die Schaffung von Institutionen, wie zum Beispiel des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), oder neuer Lehrstühle und die Formulierung bloß allgemeiner Ziele – und dadurch das Ver-

trauen in communityinterne Steuerungsmechanismen – Inhalt österreichischer Wissenschafts- und Universitätspolitik gewesen, so etablierte die neoliberale Ära umfassende Governancestrukturen wie etwa Wissensbilanzen oder strategische Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Die Transformation von „state-embedded and state-controlled markets into market-embedded and market-controlled states“ (Brunkhorst 2014: 446) zeigt sich an den Universitäten besonders anschaulich: Die gesetzlich eingeforderten Monitoring- und Evaluierungsinstrumente und mit ihnen die wachsende Dichte an Qualitätssicherungsmaßnahmen und Leistungsaufzeichnungssystemen dienen einzig dazu, die Hochschulen und ihre WissensarbeiterInnen zu Outputorientierung, privatwirtschaftlicher Unternehmensführung und Auditlogik zu erziehen; diese marktgetriebenen Anforderungen treten neben die bestehenden patriarchalen Abhängigkeitsverhältnisse und stehen zuweilen in Konkurrenz zu diesen.

Unter den Bedingungen ständigen globalen Wettbewerbs, der nicht zuletzt in Rankings Ausdruck findet, wurden die Universitäten in den vergangenen Jahren zu Laboratorien neuer Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse. Die großen Governancestrukturen in der Wissenschaftspolitik haben mikropolitische Implikationen für das akademische Leben und beeinflussen schließlich auch das gesellschaftlich verfügbare Wissen (vgl. Felt/Fochler 2010: 297ff.). Die Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen wird von den Universitäten als Arbeitgeberinnen dreifach begründet. Erstens werden Kostengründe geltend gemacht: Wer nur befristet angestellt ist oder gar eine Forschungsarbeit als Werkvertrag erfüllt, verursacht geringere Personalkosten oder kann überhaupt gleich als Sachkostenpunkt verwaltet werden, was durch den Wegfall der Lohnnebenkosten die günstigste Variante darstellt. Zweitens sind strategische Gründe anzuführen, wie etwa eine erhöhte Flexibilität bei der Personalplanung, die Umgehung des Betriebsrates und die Weitergabe des unternehmerischen Risikos. Schließlich sind die sozialen Gründe nicht außer Acht zu lassen. Dabei handelt es sich vor allem um einen Disziplinierungseffekt: Steigende Konkurrenz zwischen den Beschäftigten führt zur erhöhten Akzeptanz von Einkommenseinbußen und ungünstigen Arbeitsbedingungen (vgl. Schumm-Garling 2017: 55ff.). Die Sorge, sich durch Kritik an diesen Beschäftigungsverhältnissen eine mögliche Karriere in der Wissenschaft zu verpatzen oder überhaupt in der Erwerbslosigkeit zu landen, lässt die meisten verstummen – was sich wiederum auf die Organisierungsmöglichkeiten von Assoziationen wie der IG auswirkt.

Die Soziologie hat in prekären Beschäftigungsverhältnissen, wie sie bei Kulturschaffenden längst Usus sind und nun unter WissensarbeiterInnen Verbreitung finden, den Typus des „Arbeitskraftunternehmers“ erkannt: Man ist UnternehmerIn seiner selbst, ScheinselbständigeR und damit VerwalterIn der eigenen Arbeitskraft, die zu Märkte getragen werden muss. Dafür braucht es laut Hans

J. Pongratz und G. Günter Voß drei Eigenschaften: Selbstkontrolle („verstärkte selbständige Planung, Steuerung und Überwachung der eigenen Tätigkeit“), Selbstökonomisierung („zweckgerichtete ‘Produktion’ und ‘Vermarktung’ der eigenen Fähigkeiten und Leistungen“) und Selbstrationalisierung („Durchorganisation von Alltag und Lebensverlauf und Tendenz zur Verbetrieblichung von Lebensführung“) (vgl. Pongratz/Voß 2004). Der Arbeitsmarkt erhält flexible Menschen, die aufgrund ihrer Vereinzelung und ihrer regelmäßigen Ortswechsel weder gewerkschaftlich organisiert noch politisch engagiert sind.

1.4 Folgen der Prekarität: WissensarbeiterInnen als RisikoinvestorInnen

Anders als im fordistischen Zeitalter der Industriegesellschaft erfolgt die massenhafte Ausbeutung der Ware Arbeitskraft im neoliberalen Zeitalter nicht mehr repressiv, sondern verführend. Die Arbeit in der Wissenschaft (übrigens ebenso wie jene im Kunst- und Kulturbereich) liefert hierfür eine Blaupause: Der Mühsal körperlicher Plackerei unter Aufsicht der Stechuhr enthoben, frei zu forschen und zu lehren, was uns ohnehin interessiert, sei Wissensarbeit nicht lästiger Zwang, sondern ein Tor zur Selbstverwirklichung. Da die Entfremdung zwischen Person und Arbeitskraft geringer ist, ist die intrinsische Motivation ausgeprägter. Zudem lockt das neoliberale Zeitalter mit freieren Formen der Arbeitsorganisation wie „flachen Hierarchien“, flexiblen Arbeitszeiten und autonomem Selbstmanagement. Statt Fremd- herrscht Selbststeuerung und die „Falle der Identifikation mit dem eigenen Tun lauert selbst noch im blödsinnigsten Job.“ (Engelschall/Müller 2014) War der/die ArbeiterIn am Fließband noch ein elendes Geschöpf, so ist im Neoliberalismus nun jede Arbeit durch „Freiheit“ veredelt. Gemäß der Einschätzung des Philosophen Byung-Chul Han immunisiert sich der Neoliberalismus gegen Widerstand, indem er von der Freiheit Gebrauch macht, statt sie zu unterdrücken (vgl. Han 2014a). Die Freiheit von Wissenschaft und Lehre ist sogar verfassungsrechtlich verbürgt.

Der Preis dieser Freiheit ist, zu *scientific entrepreneurs* (vgl. Shapin 2008), eigentlich zu RisikokapitalistInnen zu werden. Wir unterliegen der Logik einer neoliberalen Auditgesellschaft, in der jede Tätigkeit strategisch auf ihre weitere Verwertung im Lebenslauf beurteilt wird. Und was hierfür nicht bezifferbar und somit nicht kapitalisierbar ist, hat keinen Wert. Wichtig für erfolgreiche WissensarbeiterInnen ist demnach die gute individuelle Performance, deren Voraussetzung die Outputorientierung akademischen Handelns. Nicht mehr Fabrikdisziplin und Anwesenheit zählen, sondern Flexibilität und Anpassungsbereitschaft an veränderte Förder-, Publikations- und Evaluationsbedingungen; keine Stechuhr, dafür aber (mindestens das Vortäuschen von) Einsatzbereitschaft rund um die Uhr; weiters ist Kreativität gefragt, also Anpassbarkeit und Unange-

passtheit zugleich; auch hochgradige Spezialisierung in einem Forschungsbereich und zugleich Inter- und Transdisziplinarität sind Teil der guten persönlichen Performance. Damit ist jeder seines Glückes Schmied und seines Unglücks Schreiner (vgl. Fisahn 2017). „Jeder ist heute ein selbstausbeutender Arbeiter seines eigenen Unternehmers. Jeder ist Herr und Knecht in einer Person. Auch der Klassenkampf verwandelt sich in einen inneren Kampf mit sich selbst. Wer heute scheitert, beschuldigt sich selbst und schämt sich. Man problematisiert sich selbst statt die Gesellschaft“, so – sehr zugespitzt, es wäre wohl eher von einer Ausdehnung des Klassenkampfes statt einer vollkommenen Verwandlung zu sprechen – Byung-Chul Han (2014b: 11; vgl. 2014a: 14ff.).

Wenn WissensarbeiterInnen keinen Erfolg haben, so die neoliberale Logik, dann, weil sie eben nicht gut genug sind, weil sie nichts erforschen, was der Markt gerade braucht. Der Mangel an sozialer Sicherheit wird unter neoliberalen Vorzeichen individuell verarbeitet. Was bleibt, ist der permanente Druck, durch Performance wenigstens den Status quo zu halten. Es ist ein asozialer Druck, der sich von Vereinzelung und Konkurrenz nährt. War man früher ein kleines Rädchen im Unternehmen, so ist man nun in seinem Hamsterrad allein.

Besonders betroffen von diesen Auswirkungen neoliberaler Reformen sind jene WissensarbeiterInnen, die durch die Bildungsexpansion der sozialliberalen Ära an die Universitäten gekommen sind. Jene Arbeiterkinder, die sich für die Wissenschaft als Beruf entschieden, leben heute oft in sozioökonomisch schlechteren Situationen als ihre wesentlich geringer mit schulischem Kapital ausgestatteten Eltern (vgl. bereits Bourdieu 1987: 260 f.). Das gesellschaftlich mehr vorhandene kulturelle Kapital ist weniger wert beziehungsweise von ihnen nicht entsprechend ökonomisierbar. Das sozialdemokratische Versprechen sozialen Aufstiegs durch Arbeit erweist sich nach dem Ende der *trente glorieuses* als Illusion. Es ist nicht nur eine individuell frustrierende Erfahrung, selbst mit hochqualifizierter Bildung und Wissensarbeit stets nur einen Abwehrkampf gegen den sozialen Abstieg zu führen, sondern diese prekäre Arbeitsweise erlangt auch gesamtgesellschaftliche Relevanz: Da sich an den akademischen Übergängen zum Doktorat oder zur Post-doc-Stelle stets die Frage stellt, ob man in der Wissenschaft bleibt, also diesen riskanten Weg weiter verfolgen will und kann, ist das verfügbare Volumen an ökonomischem Kapital höchst relevant. Denn nicht genehmigte Drittmittel und nicht erhaltene oder gering entlohnte Lehraufträge bedeuten für befristet Angestellte semesterweise finanzielle Durststrecken, die sich mit einem finanzkräftigen Elternhaus oder anderen unterstützenden Netzwerken (Sozialkapital) leichter überwinden lassen. So erreicht die neoliberale Hochschulreform, dass die Klasse der KapitaleignerInnen auch in der Wissenschaft wieder unter sich bleibt.

Doch wer Wissensarbeit betreibt und wer der Wissenschaft verloren geht, ist nicht irrelevant. Denn gemäß Pierre Bourdieus Sozialtheorie gehören Wissensar-

beiterInnen zur „beherrschten herrschenden Klasse“, verfügen also über ein hohes Maß an kulturellem Kapital, das mit Verfügungsmacht über die gesellschaftliche Wissens-, Kultur- und somit Sinnproduktion einhergeht, befinden sich jedoch in ökonomischer Abhängigkeit von den „herrschenden Herrschenden“ (vgl. Bourdieu 2001). In den prekären Beschäftigungsverhältnissen österreichischer Forschungseinrichtungen können nur jene WissensarbeiterInnen reüssieren (d.h. unbefristete und höhere Stellen erreichen), die über hohes kulturelles und soziales Kapital verfügen – wobei ein akademisches Herkunftsmilieu bereits eine gute Startvoraussetzung ist – und zudem bestimmte charakterliche Eigenschaften haben, mit denen sie die „richtigen“ Entscheidungen treffen. Jene neuen Arbeitswelten fördern flexible Charaktere (Menschen ohne tiefe Bindungen an andere Menschen, an Orte, an Vereinsleben, an gesellschaftliches oder politisches Engagement), die ein hohes Maß an Selbstkontrolle an den Tag legen und gute RisikokapitalistInnen sind, indem sie zuerst schon die Studienwahl, dann den Forschungsbereich und hernach stetig die Forschungsfrage danach auswählen, wie vielversprechend sie für die Performance im weiteren Lebenslauf sind. Wissensproduktion wird somit zu einem sozialdarwinistischen *survival of the fittest*.

Ulrike Felt und Maximilian Fochler geben zu bedenken, dass „sich durch dieses ständige ‘Einüben’ des Ziels der Akkumulation quantitativ gut bewerteten Outputs letzten Endes auch die Form wissenschaftlicher Wissensproduktion selbst und damit letztlich das produzierte Wissen verändert.“ (Felt/Fochler 2010: 309) Da die finanzielle Grundlage der Wissensarbeit mittlerweile hauptsächlich kompetitiv einzuwerbende Drittmittel sind, wird erforscht, was hohe Outputvorhersehbarkeit verspricht und damit den FördergeberInnen gefällt. Zudem konsumieren Audit- und Managementarbeiten einen erheblichen Teil der Arbeitszeit, sodass „zeitlose Zeit“ (vgl. Ylijoki/Mäntylä 2003) – also Zeit, die nicht bereits dem Projekt und der Performance gewidmet ist – zum Luxusgut wird: Forschen und Nachdenken muss man sich leisten können.

Die Projektförmigkeit, um die Wissensarbeit arrangiert ist, bedingt eine jeweils kurze Verweildauer der ForscherInnen: im speziellen Forschungsgegenstand, aber auch in der Projektgruppe, am Ort, in der Institution. Wissensarbeit ist hochgradig temporär und disloziert. Die erfolgreichsten WissensarbeiterInnen sind nicht mehr lokal verankert, sondern forschen und publizieren nur noch für die und in der globalen *scientific community*. Sie sind damit zwar weltweit vermittelbar (Stichwort *employability*), aber der Gesellschaft und dem politischen Engagement entfremdet. Zukunftsentwürfe oder gar gegenhegemoniale Utopien sind von solcherart sozialisierten WissensarbeiterInnen kaum mehr zu erwarten. Der „Wille zur intellektuellen Intervention“ (von Lucke 2014) bleibt meist ebenso auf der Strecke wie das Engagement in zentralen kollektiven systemerhaltenden Arbeiten. Sich in der Lehre zu engagieren, Studierende zu beraten oder dem

Betriebsrat anzugehören, also gemeinschaftsbildend und solidarisch zu wirken, ist aus Sicht des/der *scientific entrepreneurs* bloß dumm. Denn diese Tätigkeiten sind im akademischen Lebenslauf nichts wert.⁸

WissensarbeiterInnen sind gezwungen, ihre Karriere selbst zum Projekt, zum Risikounternehmen zu machen, zu einem riskanten Investment, dem soziale Bindungen, Vereinstätigkeit, Freizeit et cetera geopfert werden, um die geringe Chance auf eine unbefristete Stelle zu wahren. WissensarbeiterInnen leben ebenso in einem permanenten Ausnahmezustand vom sogenannten Normalarbeitsverhältnis. Die Unsicherheit ihrer Arbeitsbeziehungen resultiert in einer Unsicherheit der Lebensplanung, in einer „Prekarisierung des Privatlebens“, so Luc Boltanski (Boltanski 2007). Da diese Ausnahmezustände immer weitere Verbreitung finden und längst auf andere Branchen übergreifen haben, werden sie allmählich zur Regel. Dies führt nach dem Soziologen Christoph Deutschmann zu einer wachsenden Fragilität der Gesellschaft insgesamt (hierzu näher Deutschmann 2008).

1.5 Die Entdeckung des Prekariats

Die im Fordismus stark verbreitete Ideologie des „Normalarbeitsverhältnisses“ setzte die Dominanz des männlichen Alleinverdienermodells als selbstverständlich voraus und war nicht nur in der kapitalistischen Peripherie, sondern auch in den Zentren blind für Arbeitsverhältnisse jenseits von Stechuhr, 40-Stunden-Woche und kollektivvertraglich garantierten Sicherheiten. ForscherInnen, die sich mit der Geschichte der Arbeit beschäftigen, haben mittlerweile klargestellt, dass es sich bei diesem Normalarbeitsverhältnis allenfalls um „eine temporäre Erscheinung für einen kleinen Teil der Welt“ handelte und wenn, dann „50 Jahre für 20 Prozent der Weltbevölkerung“ galt (van der Linden 2017).

Die Ideologie des Normalarbeitsverhältnisses erodierte nur schleppend und dominierte das Denken von Politik wie Gewerkschaften noch lange nach dem

8 Diesen Druck der marktwirtschaftlichen just in time-Logik üben bereits die Studierenden ein. Die Studien erfuhren im Zuge der Umstellung auf Bologna-Konformität eine erhebliche Beschleunigung und Verschulung, die kaum noch freie intellektuelle Entfaltung gewährt, schon gar nicht das ehrenamtliche Engagement honoriert. Zudem ist nur ein einziger Studienabschluss immer weniger wert und die tatsächliche Distinktion am Arbeitsmarkt erfolgt über postgraduale Studien, die am besten im Ausland absolviert werden. Dies bevorzugt wiederum Studierende aus finanzkräftigen Elternhäusern und schiebt der einst von der Sozialdemokratie angestrebten sozialen Durchlässigkeit erneut einen Riegel vor. Wer also in diesem System reüssieren will, muss seine/ihre Zeit nicht in die Gemeinschaft, sondern in den eigenen Lebenslauf investieren, muss sich etwa für ein (Auslands-)Studium verschulden. Hierfür wurden dann die günstigeren Studentenkredite erfunden – „privatisierter Keynesianismus“ (Colin Crouch).

Einsetzen des Siegeszugs des Neoliberalismus. Erst ab den 1990er Jahren wurden von SoziologInnen, insbesondere in Frankreich, prekäre Arbeitsverhältnisse thematisiert (vgl. Castel 2000); Luks 2016). Für den Bereich der Wissenschaft prägten die Autorinnen Anne und Marine Rambach in ihrem 2001 erschienenen Buch den Begriff der prekären Intellektuellen (*Intellos précaires*). Sie betonten darin, dass die damit bezeichneten Personen nicht zwangsläufig arm seien, dass aber doch ein großer Graben zwischen deren sozialer Anerkennung und ihrer wirklichen Situation festzustellen sei. In ihrem Minihandlungsguide am Schluss forderten sie, dass die betroffenen Personen ihr Tabu ausstellen sollten, zum Beispiel durch eine Prekär-Pride-Parade – Stichwort May-Day-Demonstrationen –, und sie veröffentlichten eine Charta der Prekären (vgl. Rambach/Rambach 2001).⁹

Der britische Soziologe Guy Standing wiederum bezeichnete das Prekariat als eigene, im Entstehen befindliche Klasse, die bei all ihrer Heterogenität gemeinsame Merkmale aufweise, insbesondere das Fehlen sozialer Sicherheiten und die Gefährdung durch Armut (vgl. Standing 2015). Standing zufolge handelt es sich beim Prekariat um „eine Klasse im Krieg mit sich selbst“, die zumindest in drei Fraktionen gespalten sei: zum einen die aus den traditionellen Arbeiterklassenzusammenhängen gedrängten Menschen, die sich das goldene Zeitalter des Fordismus zurückwünschten und anfällig für rechtsextreme Parteien seien; zum anderen die klassischen „UnterbürgerInnen“ (*denizens*), denen von vornherein viele Rechte vorenthalten werden, also ethnische Minderheiten, MigrantInnen, Asylsuchende und ehemalige Gefangene; schließlich drittens Gebildete und aus der Angestelltenklasse hinausgedrängte Menschen, die keine ihrer Ausbildung adäquaten Jobs finden und eher progressiven Positionen zuneigten; es sei die „vielleicht größte Aufgabe“ der letzteren Fraktion, „die anderen Teile des Prekariats für eine gemeinsame Vision zu gewinnen“ (Standing 2016: 36ff.).

Drei ineinandergreifende Kämpfe seien es, die gemäß Standing das Prekariat zu führen habe: ein Kampf um Anerkennung, die durch kollektive Aktionen oder Proteste zu erreichen sei; ein Kampf um Repräsentation, um dem Bittstellerstatus zu entkommen und in staatlichen wie betrieblichen Gremien wieder Rechte zu erlangen; schließlich ein Kampf um Umverteilung, die sich insbesondere auf Schlüsselgüter wie Sicherheit, Kontrolle über die eigene Zeit und Zugang zu Gemeingütern, Bildung und Finanzkapital richten müsse (ebd.: 123ff.). In seiner aus 29 Artikel bestehenden Charta des Prekariats spricht sich der Soziologe für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus; ein Artikel fordert die Dekommodifizierung der Bildung. Letzterer Kampf sei laut Standing „von den Eliten im

9 Einflussreich für die Popularisierung im Wiener Umfeld Pinguin 2002.

Bildungssektor“ anzuführen, da diese am wenigsten zu verlieren hätten und am ehesten Solidarität mit der Gruppe der prekär Lehrenden bekunden könnten.

1.6 Das Versagen der Gewerkschaften und Parteien

Die mit dem Neoliberalismus einsetzende Wende in der Organisation von Arbeit kann in einer an den Arbeiten von Michel Foucault und Gilles Deleuze orientierten Perspektive auch als Übergang von der Disziplinargesellschaft in die Kontrollgesellschaft bezeichnet werden: War in der ersteren das dominante Modell der Arbeit das der nach dem Modell des Panoptikums organisierten Fabrikarbeit, ist das Leitbild der Kontrollgesellschaft das des Unternehmens, in dem die arbeitenden Individuen zueinander in Konkurrenz gesetzt werden. Dieser Wandel hat weitreichende Folgen auch für die Organisation von Widerstand: Die dominante Organisationsform im Fabrikzeitalter war die Gewerkschaft, die die in den Betrieben anwesenden und disziplinierten Arbeitermassen als Kollektiv anrufen und zum Streik aufrufen konnte. Der Umgang mit prekarierten Individuen, die aufgerufen werden, zu UnternehmerInnen ihrer selbst zu werden, ist um ein vielfaches schwieriger, weswegen Deleuze bereits im Jahr 1990 von einer möglichen „Untauglichkeit der Gewerkschaften“ sprach, den Übergang von der Disziplinargesellschaft in die Kontrollgesellschaft zu meistern, und die Frage stellte, ob sie sich der neuen Situation anpassen oder anderen Widerstandsformen weichen würden (Deleuze 1993: 262).

Was die österreichischen Universitäten anbelangt, so erwies es sich als fatal, dass für die Hochschulen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) eine vorwiegend an Interessen von BeamtInnen orientierte Interessenvertretung zuständig war und ist, die lange Zeit mit den Lebensverhältnissen der Mehrheit der an den Universitäten lehrenden und forschenden Personen nicht vertraut war (Becksteiner 2012). Diese Erfahrung mussten VertreterInnen der IG immer wieder machen; so lassen sich die im Streikjahr 1996 gemachten Erlebnisse mit Gewerkschaftsvertretern (sic!) im Rückblick nur als Zusammenstöße einander fremder Welten beschreiben (vgl. Pechriggl 2012: 8).

Während andere Gewerkschaften wie die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) zumindest etwas Sensibilität für gesellschaftliche Umbrüche an den Tag legten und eigene Interessengemeinschaften für als „atypisch“ bezeichnete prekäre Arbeitsverhältnisse gründeten, ließen über viele Jahre hinweg vonseiten der GÖD nur einige wenige RepräsentantInnen Ansätze eines Problembewusstseins erkennen. Dass sie in ihrer Gesamtheit den Interessen der prekär Beschäftigten nur bedingt Rechnung trugen, zeigte sich in jüngster Vergangenheit, als VertreterInnen der GÖD bei den Verhandlungen zum Gehaltsabschluss der Universitätsangestellten für das Jahr 2016 nicht beachtetten, dass mit dem von

ihnen erzielten Ergebnis Universitätslehrende mit einem nur zweistündigen Lehrauftrag die automatische Sozial- und Krankenversicherung verloren, da die Bezahlung nun unter der dafür notwendigen Geringfügigkeitsgrenze lag (vgl. IG LektorInnen 2017a). Erst in den letzten Monaten kann eine gewisse Bewegung innerhalb der GÖD beobachtet werden, was die Interessen der Lehrbeauftragten an österreichischen Universitäten anbelangt.

Was für die Vertretung durch Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen gilt, gilt auch für die allgemeine politische Ebene: Die Bedürfnisse und Interessen des Prekariats werden in deren Gremien nicht repräsentiert, keine der im Nationalrat vertretenen Parteien nimmt das Prekariat als neue Form des Proletariats wahr, auch die SPÖ nicht, die sich traditionellerweise als Vertreterin der ArbeiterInnen und Angestellten verstand. Obwohl der Klassenkompromiss längst einseitig aufgekündigt ist und die neoliberale Wende klar den Klassenkampf von oben markiert, sind Gewerkschaft und Partei meist noch immer dem sozialpartnerschaftlichen Aushandlungsregime selbst verpflichtet. Sie vertreten zwar UniversitätsmitarbeiterInnen, versagen aber bei der fluiden Masse der freien WissensarbeiterInnen, die vielleicht arbeitssoziologisch eher wie eine Zunft organisiert werden müssten. Die 1996 erfolgte Gründung der IG LektorInnen kann somit auch als Versuch betrachtet werden, neue Formen der Artikulation dieser Interessen zu finden.

2. Zwanzig Jahre Organisierung prekärer Arbeit

2.1 Uniproteste in Österreich seit 1987

Betrachtet man die letzten drei Jahrzehnte universitärer Proteste in Österreich, so lässt sich feststellen, dass zumindest in Wien diese regelmäßig alle zehn Jahre begleitet von einer längeren Audimaxbesetzung stattfinden: Genannt seien die durch ein Sparpaket provozierten Proteste von 1987, die auch von SchülerInnen getragen wurden, weiters die Besetzungen von 1996 und schließlich 2009. Man braucht demnach keinE großeR ProphetIn zu sein, um anzukündigen, dass es in den nächsten Jahren wieder zu solchen Auseinandersetzungen kommen wird; Gründe dafür sind zur Genüge vorhanden.

2.2 Aktivitäten der IG LektorInnen seit der Gründung 1996

Das Spezifische an den Protesten des Sommersemesters 1996 war, dass sie sich gegen ein Sparpaket wandten, das alle an den Universitäten tätigen Gruppen betraf. Im speziellen Fall der externen LektorInnen, die jeweils nur für ein Semester mit einem oder mehreren Lehraufträgen bedacht wurden, wurde die

Remuneration um 17 Prozent gekürzt, das Wahlrecht für universitäre Gremien war ihnen bereits durch das UOG 1993 entzogen worden.

Es folgte eine Organisierungsphase, die zunächst noch vorwiegend das Telefon einsetzte, in der aber auch zunehmend E-Mails Verbreitung fanden (Steidl 2012: 6-11); eine erhalten gebliebene Mail aus dieser Zeit sprach von der „prekäre[n] Situation“ eines „heterogenen ‘Haufens‘“, dessen Forderungen formuliert werden sollten; der Begriff der Prekarität war also ansatzweise schon vorhanden, genauso wie auch das Wissen um die Vielfalt der Prekären.

Am 19. März 1996 schließlich wurde das Aktionskomitee der externen LektorInnen an der Universität Wien gegründet wurde, aus dem sich dann die noch im selben Jahr als Verein konstituierte Interessengemeinschaft Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen entwickeln sollte.

Schon bald nach Gründung der IG wurde sie vom Wissenschaftsministerium mit einer Studie zur sozialen Lage der LektorInnen beauftragt, in der mit qualitativen und quantitativen Methoden eine „militante Untersuchung“ in der Tradition von Marxens Fragebogen für Arbeiter durchgeführt wurde, wie sie in den letzten Jahren im Bereich der prekären Arbeit immer wieder eingefordert wird (vgl. Becksteiner 2011). Diese Studie wurde unter dem Titel „Zwischen Autonomie und Ausgrenzung? Zur Bedeutung Externer Lehre und Freier Wissenschaft an österreichischen Universitäten und Hochschulen“ im Jahr 2000 fertiggestellt und bei einer Enquete im November desselben Jahrs präsentiert (IG externe LektorInnen 2000).

Zu einer der wichtigen Erkenntnisse infolge der Studie zählte, dass fortan verzichtet wurde, Prekarität als eine Frage des „wissenschaftlichen Nachwuchses“ zu bezeichnen; insbesondere das damalige IG-Vorstandsmitglied Günter Heffler plädierte dafür, lieber von einem segmentierten Arbeitsmarkt für WissenschaftlerInnen zu sprechen, in dem wenige unbefristet Beschäftigte einer großen Zahl befristet/prekär Beschäftigter gegenüberstehen, unabhängig vom Alter der Beteiligten.¹⁰

Ab 2004 war die IG im neu gegründeten Betriebsrat der Universität Wien vertreten, im Rahmen der Fraktion „GAKU PLUM IG“; in den folgenden Jahren sollte die Teilnahme an der Betriebsratstätigkeit die Hauptaktivität der IG sein. 2010, im Jahr nach den „Uni Brennt“-Protesten, folgte die Umbenennung in Interessengemeinschaft LektorInnen und WissensarbeiterInnen, was zum einen darin begründet war, dass die Lehrbeauftragten an den Universitäten seit dem UG 2002 vorwiegend nicht mehr „externe“ sondern „interne“ Angestellte sind, zum anderen, dass der im Zuge der Proteste von 2009 breiter diskutierte Begriff

10 Zuletzt wurde eine ähnliche Debatte in Deutschland Dank einer Intervention von Karoline Döring 2017 geführt.

der Wissensarbeit darauf verweist, dass Lehrende und Forschende lohnabhängig und jenseits symbolischer auch auf monetäre Anerkennung angewiesen sind.

Zum 15-Jahr-Jubiläum 2011 erschien eine zusammen mit anderen Organisationen herausgegebene Broschüre zum Thema „Wissensarbeit“ (IG LektorInnen u.a. 2012), und zur Konterkarierung des Starts der 650-Jahr-Festivitäten der Universität Wien lud die IG LektorInnen am 12. März 2015 zu einer „Prekärsuppe“ ein, bei der vor dem Hauptgebäude der Uni Wien Suppe ausgeteilt wurde; diese Aktion fand erfreulich große mediale Beachtung (IG LektorInnen 2015).

Zuletzt verfasste die IG für ihre Arbeit neue Leitlinien, die nicht nur eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Lage von Bildung und Wissenschaft samt ihrer Arbeitsbedingungen, sondern auch einen Forderungskatalog enthalten (IG LektorInnen 2017b), der auf Veranstaltungen wie den Kritischen Literaturtagen, dem Momentum Kongress in Hallstatt sowie der Rosa Luxemburg Konferenz Wien präsentiert wurde.

Im Rückblick können somit die Aktivitäten der IG folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Bewusstseinsbildung (Klassenbewusstsein, Prekariat als Klasse) im Sinne von permanenter Empörung über die Umstände der Wissensproduktion
- politisierende Interventionen
- Erstellung und Verbreitung von Ideen gegen das Dispositiv der unternehmerischen Hochschule
- Mitarbeit an der Erstellung eines Konzepts für die (Re-)Demokratisierung der Wissenschaft in der postindustriellen Gesellschaft.

3. Herausforderungen für die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen

3.1 Ökonomisierung von Wissenschaft, Wissensarbeit und Wissensproduktion

Die Übernahme von Management- und Unternehmenslogiken hat nicht nur allgemein die Verwaltungsebene der Universitäten, sondern auch die Wissensarbeit selbst erreicht. Das ist für die Gesellschaft als Ganzes erheblich. Denn die Arbeitsverhältnisse von WissenschaftlerInnen haben nicht nur Auswirkungen auf das persönliche und akademische Leben, sondern auch auf die Inhalte des gesellschaftlich verfügbaren Wissens, damit auf die Gesellschaft als solche. Das zeigt sich für die IG zuvorderst in den Disziplinierungseffekten, die prekäre Verhältnisse bewirken: An die Stelle kollektiver betrieblicher Konflikte und ihrer Lösungsstrategien, wie wir sie aus dem fordistischen Zeitalter kennen (Betriebsversammlungen, Streikdrohung, ...), tritt im Neoliberalismus der atomisierte

Forderungen der IG LektorInnen

1. Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch ...
 - ... unbefristete Dienstverträge für LektorInnen: weg mit sechsmonatigen Kettenverträgen, denn unbefristete Verträge tragen zur besseren Planbarkeit für Lehrende bei und sichern so Qualität und Nachhaltigkeit der universitären Lehre,
 - ... Personalstrukturpläne zur langfristigen Etablierung von deutlich mehr wissenschaftlichen Vollzeitstellen unter Berücksichtigung der Einheit von Lehre und Forschung (das heißt weniger befristete, mehr unbefristete Stellen),
 - ... adäquate Bezahlung von Lehre und Betreuungsarbeit sowie die Abgeltung von administrativen Tätigkeiten,
 - ... adäquate infrastrukturelle Ressourcen für LektorInnen: mindestens ein Raum für LektorInnen pro Institut mit Internetzugang und Festnetztelefon, für Sprechstunden, Beratungen, Treffen, Vernetzung sowie Bereitstellung von Arbeitsmitteln (Hard- und Software) etc.,
 - ... Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zwischen Instituten und LektorInnen, etwa was Ausschreibungen von Lehrveranstaltungen und die Weitergabe von Informationen zum Universitätsbetrieb anbelangt.
2. Re-Demokratisierung wissenschaftlicher Institutionen durch
 - ... Abschaffung der universitären Kurien und der damit in Verbindung stehenden Hierarchien und Exklusionsmechanismen,
 - ... Abschaffung der Abhängigkeitsverhältnisse wissenschaftlicher MitarbeiterInnen,
 - ... Transparenz bei inneruniversitären Postenvergabeabläufen und für BewerberInnen einsehbare Begründung von Absagen,
 - ... Implementierung eines demokratischen Organisationsmodells an Universitäten durch die Reform des UG 2002,
 - ... Offenlegung aller Gehälter an den Universitäten.

Quelle: IG LektorInnen: www.ig-elf.at

Wettbewerb. Standen einst Unternehmen in Konkurrenz zueinander und waren innerhalb eines Unternehmens aufgrund fester Anstellungsverhältnisse Solidarität und gemeinsamer Arbeitskampf möglich, so haben heute prekäre Beschäftigungsverhältnisse zur Folge, dass jedeR mit jedemR konkurriert, auch innerhalb eines Unternehmens. Das zerstört allein innerhalb einer Universität oder auch nur eines Instituts die Solidarität und den Gemeinsinn.

Kritische Wissenschaft kann unter den geschilderten Bedingungen nur schwerlich gedeihen. Es braucht sie heute aber mehr denn je, weil nur eine Allianz aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und kritischen WissenschaftlerInnen eine

Alternative zu neoliberaler, autokratischer Politik bieten kann. Wissenschafts- und Universitätspolitik ist im Kern Gesellschaftspolitik. Wer was unter welchen Bedingungen erforscht und wer unter welchen Bedingungen studiert, wirkt sich unmittelbar auf die Gesellschaft aus. Die systemischen Veränderungen, die vom Zugang zur Universität (Ende des freien Hochschulzugangs) über die Verschulung des Studiums (Ende des freien Studierens) bis zu den der Unternehmenslogik unterworfenen Wissenschaftskarrieren reichen, steuern bestehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten nicht entgegen, sondern befördern diese sogar noch. Angesichts der individualisierten, nicht mehr vergesellschafteten Risiken reüssieren in diesem System nach wie vor vorrangig Studierende aus finanzkräftigen und bildungsnahen Haushalten und jene WissenschaftlerInnen, deren Denken und Handeln von der Konkurrenzlogik geprägt sind. Der akademische Arbeitsmarkt nähert sich nach einer sozialliberal und demokratisch geprägten Phase wieder den Gegebenheiten an, die Max Weber vor 100 Jahren beschrieb. Jene Abhängigkeits- und (Selbst-)Ausbeutungsverhältnisse dienen dabei als Vorbild für „flexible Arbeitswelten der Zukunft“, in denen strukturelle Probleme des Arbeitsmarktes nicht solidarisch behandelt, sondern auf den Einzelnen abgewälzt werden.

Die IG steht daher vor der Herausforderung, sowohl innerhalb der Universität als auch in anderen Arbeitszusammenhängen (außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, „freie“ WissenschaftlerInnen) vereinzelte prekär beschäftigte Individuen zur Wahrung gemeinsamer Interessen überbetrieblich zu organisieren.

3.2 Organisierung von Vielfalt durch Schaffung einer Assoziation

Von Anfang ihres Bestehens war die IG mit einem Phänomen konfrontiert, das als charakteristisch für das Prekariat gilt: Die Universitätslehrenden sind eben nicht wie die ArbeiterInnen in der Fabrik oder die Angestellten einer Bank eine homogene, an einem gemeinsamen Ort und zu geregelter Zeiten arbeitende Gruppe, sondern durch eine schillernde Vielfalt gekennzeichnet. Hochdotierte Operndirektoren und JournalistInnen zählen genauso dazu wie von einem Erbe zehrende Privatgelehrte, am Existenzminimum lebende, bestenfalls von den Eltern unterstützte alleinerziehende DoktorandInnen, verbeamtete AHS-LehrerInnen oder über Drittmittel beschäftigte ForscherInnen. Es ist klar, dass diese unterschiedlichen AkteurInnen ebenso unterschiedliche Interessen haben und in verschiedenem Ausmaß von den an den Universitäten vorgefundenen Arbeits- und Vertragsverhältnissen abhängig sind.

Wenn es wohl nicht realistisch ist, die Interessen aller der genannten verschiedenen AkteurInnen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, so ist es doch möglich, einen Zusammenhang zu schaffen, in dem die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen artikuliert und diskutiert werden können, etwa auch die

Sinnhaftigkeit einer von PrekariatsforscherInnen wie Guy Standing erhobenen Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, das auch innerhalb der IG umstritten ist.

Die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen kann als eine *Assoziation* verstanden werden, die das akademische Feld innerhalb und außerhalb der Universitäten und akademischen Institutionen beobachtet und Diskussionsräume zum Erfahrungsaustausch schafft.¹¹ Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Artikulieren solidarischer Forderungen auf universitärer, aber auch auf allgemein politischer Ebene, für gemeinsames Handeln und das Auftreten als Verhandlungspartnerin mit Institutionen, Unternehmen und Regierungen.¹²

Literatur

- Amon, Michael (2010): Sozialdemokratische Kulturpolitik? In: *Die Zukunft* Nr. 2: 26-32.
- Becksteiner, Mario (2011): Militant Research and Research Militancy. In: *Grundrisse* Nr. 39: 38-46. URL: www.grundrisse.net/grundrisse39/militant_research.htm, Zugriff: 24.10.2018.
- (2012): Gewerkschaftlicher Dornröschenschlaf. In: IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen u.a. *Wissensarbeit – Prekär – Organisiert. 15 Jahre IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen*, 2. A. 2012: 23-25. URL: http://ig-elf.at/fileadmin/homepage/Archiv/Texte/Broschuere_wissensarbeit-prekaer-organisiert.pdf, Zugriff: 24.10.2018.
- Boltanski, Luc (2007): Leben als Projekt. In: *Polar* Nr. 2. URL: www.polar-zeitschrift.de/position.php?id=110#110, Zugriff: 24.10.2018
- Bosse, Heinrich (2012): *Bildungsrevolution 1770-1830*. Heidelberg.
- Bourdieu, Pierre (1987): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a.M.
- (2001): *Wie die Kultur zum Bauern kommt*. Hamburg.
- Brunkhorst, Hauke (2014) *Critical Theory of Legal Revolutions: Evolutionary Perspectives*. New York.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz.
- Darnton, Robert (1988): *Literaten im Untergrund. Lesen, Schreiben und Publizieren im vorrevolutionären Frankreich*. Frankfurt a.M.
- Deleuze, Gilles (1993): Postskriptum über die Kontrollgesellschaften. In: *Unterhandlungen. 1972–1990*. Frankfurt a.M.: 254-262.
- Deutschmann, Christoph (2008): *Kapitalistische Dynamik. Eine gesellschaftstheoretische Perspektive*. Wiesbaden.
- Döring, Karoline (2017): Wollen wir wirklich BeStI(e)n sein? Ein Plädoyer an und gegen „den wissenschaftlichen Nachwuchs“ (13.2.2017). In: *Mittelalter. Interdisziplinäre Forschung und Rezeptionsgeschichte. Weblog*. URL: <https://mittelalter.hypotheses.org/9774>, Zugriff: 25.10.2018.

11 Eine beispielhafte Auflistung von Organisationen des Prekariats liefert Foti 2017: 126.

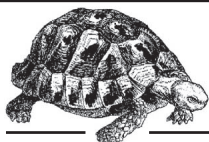
12 Forderungen, auf die sich die IG in ihren bisherigen Diskussionsprozessen einigen konnte, werden zum Abschluss aufgelistet und zur Diskussion gestellt.

- Engelschall, Titus/Müller, Elfriede (2014): Es gibt kein richtiges Arbeiten im Falschen. In: *ak – analyse & kritik* Nr. 600: 34. URL: https://www.akweb.de/ak_/ak600/28.htm, Zugriff: 23.10.2018.
- Felt, Ulrike/Fochler, Maximilian (2010): Riskante Verwicklungen des Epistemischen, Strukturellen und Biographischen: Governancestrukturen und deren mikropolitische Implikationen für das akademischen Leben. In: Biegelbauer, Peter (Hg.): *Steuerung von Wissenschaft*. Innsbruck: 297-328.
- Fisahn, Andreas (2017): Im Hamsterrad. In: *neues deutschland*, 10.6.2017: 21.
- Fori, Alex (2017): *General Theory of the Precariat. Great Recession, Revolution, Reaction*. Amsterdam. URL: <http://networkcultures.org/blog/publication/general-theory-of-the-precariat/>, Zugriff: 24.10.2018.
- Han, Byung-Chul (2014a): *Psychopolitik. Neoliberalismus und die neuen Machttechniken*. Frankfurt a.M.
- (2014b): Kommunismus als Ware. Warum heute keine Revolution möglich ist. In: *Süddeutsche Zeitung*, 1.9.2014: 11. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/neoliberales-herrschaftssystem-warum-heute-keine-revolution-moeglich-ist-1.2110256> (3.9.2014), Zugriff: 24.10.2018.
- IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen (2000): *Zwischen Autonomie und Ausgrenzung? Zur Bedeutung Externer Lehre und Freier Wissenschaft an österreichischen Universitäten und Hochschulen* (März 2000). URL: <http://ig-elf.at/fileadmin/homepage/Archiv/Studien/ZwischenAutonomieundAusgrenzung.pdf>, Zugriff: 24.10.2018.
- IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen (2015): Bilder und Berichte von der Prekärsuppe (12.3.2015). URL: <https://igelf.wordpress.com/2015/03/12/bilder-und-berichte-von-der-prekaersuppe>, Zugriff: 24.10.2018.
- (2017a): Versicherungspflicht für Lehraufträge wieder gewährleisten. Stellungnahme der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen zum Gehaltsabschluss für Universitäten 2017 (6.2.2017). URL: <http://ig-elf.at/index.php?id=100>, Zugriff: 24.10.2018.
- (2017b): Leitlinien. URL: http://ig-elf.at/uploads/media/IGLektorInnenWissensarbeiterInnen_Leitlinien.pdf, Zugriff: 24.10.2018.
- IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen/Linkes Hochschulnetz/PrekärCafé/Squatting Teachers (2012): *Wissensarbeit – Prekär – Organisiert. 15 Jahre IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen*, 2.A. URL: http://ig-elf.at/fileadmin/homepage/Archiv/Texte/Broschuere_wissensarbeit-prekaer-organisiert.pdf, Zugriff: 24.10.2018.
- Krajewski, Markus (Hg.) (2004): *Projektmacher. Zur Produktion von Wissen in der Vorform des Scheiterns*. Berlin.
- Leendertz, Ariane u.a. (2018): Flexible Dienstleister der Wissenschaft. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.3.2018: N4.
- Geimer, Peter/Groebner, Valentin (2006): *Einsamer Auftritt. Gehen Sie eigentlich gerne zu Vorträgen?*. Leipzig.
- Luks, Timo (2016): Prekarität. Eine nützliche Kategorie der historischen Kapitalismusanalyse. In: *Archiv für Sozialgeschichte* Nr. 56: 51-80.
- Münch, Richard (2007): *Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Evidenz*. Frankfurt a.M.
- Pechriggl, Alice (2012): Anekdote No3. „Ich war Streikdelegierte ...“: In: IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen u.a. (2012): 23-25. URL: http://ig-elf.at/fileadmin/homepage/Archiv/Texte/Broschuere_wissensarbeit-prekaer-organisiert.pdf, Zugriff: 24.10.2018.
- Pinguin (2002): Geistreich, aber arm. In: *Malmoe* Nr. 4. URL: www.malmoe.org/artikel/verdienen/277, Zugriff: 24.10.2018.
- Rambach, Anne/Rambach, Marine (2001): *Les intellos précaires*. Paris.

- Schumm-Garling, Ursula (2017) Soloselbständigkeit. Zukunft der Beschäftigung!? In: *Sozialismus* Nr. 4: 55-60.
- Pongratz, Hans J./Voß, Gerd-Günter (2004): *Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen*. Berlin.
- Segert, Dieter (2013): *Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert*. Wien.
- Shapin, Steven (2008): *The scientific life*. Chicago.
- Standing, Guy (2015): *Prekariat. Die neue explosive Klasse*. Münster.
- (2016): *Eine Charta des Prekariats. Von der ausgeschlossenen zur gestaltenden Klasse*. Münster.
- Steidl, Annemarie (2012): Eine kurze Geschichte der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen. In: IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen u.a. (2012): 6-11. URL: http://ig-elf.at/fileadmin/homepage/Archiv/Texte/Broschuere_wissensarbeit-prekaer-organisiert.pdf, Zugriff: 24.10.2018.
- van Lucke, Albrecht (2014): Von Habermas zu Schirmmacher. Zur Lage des Intellektuellen in der Berliner Republik. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Nr. 8: 83-93.
- Weber, Max (2002): Wissenschaft als Beruf. In: *Schriften 1894-1922*. Stuttgart: 474-511.
- Wernicke, Jens (2009): *Hochschule im historischen Prozess*. Berlin.
- van der Linden, Marcel (2017): Die Arbeiterklasse wächst und bewegt sich. Der Historiker Marcel van der Linden über riesige Streiks, schwache Gewerkschaften und prekäre Normalarbeit [Interview]. In: *neues deutschland*, 11.7.2017: 3.
- Ylijoki, Oili-Helena/Mäntylä, Hans (2003): Conflicting time perspectives in academic work. In: *Time & Society* 12(1): 55-78. DOI: 10.1177/0961463X03012001364.

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Ausgabe 11/18 u.a.:

- Torsten Bewernitz: »Wenn Frauen streiken...« – Dienstleistungsierung, Prekarisierung, Feminisierung
- Holger Balodis, Dagmar Hühne: »So geht Rente – ein Masterplan«
- Klaus Weber: »Lernen statt Bildung« – Radikalität statt Anpassung
- Griechenlandkomitee Köln: »Weiterhin Putz« – Zwangsversteigerungstermin bei Vio.me erneut gescheitert
- Birgit Daiber: »Trotz aller Schwächen« – Ein Gespräch mit Luciana Castellina und Filippo Rignolu über die italienische Linke
- Netzwerk Gerechter Welthandel: »JEFTA-Abkommen nicht ratifizieren« – Offener Brief an die deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments

Probieren? Kostenfreies
Exemplar per mail oder Telefon bestellen